

© Kurt Bauer 2007

In leicht geänderter Form ist der vorliegende Text erstmals erschienen in: Halbrainer, Heimo; Polaschek, Martin F. (Hgg.): Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark. Tagung am 18. Mai 2004 im Steiermärkischen Landesarchiv, Graz. Graz 2007. S. 95–117.

Der Weg zum Juliputsch

Zu Struktur und Dynamik des Nationalsozialismus in der Steiermark von 1932 bis 1934

Die Entwicklung der NS-Bewegung in der Steiermark – wie in Österreich – ist nur im Kontext der Gesamtpartei zu betrachten und zu deuten. Es gab mindestens seit Mitte der 1920er Jahre keine eigenständige, von der deutschen („reichsdeutschen“, wie es damals hieß) Mutterpartei einigermaßen unabhängige NSDAP. Da war vielleicht noch einiges an sektiererischem Eigensinn vorhanden, der nur deshalb gedeihen konnte, weil man in Deutschland der kleinen österreichischen Splittergruppe zu Recht kaum Aufmerksamkeit schenkte. Aber 1931 wurde die österreichische NSDAP schließlich im Sinne einer bürokratischen, straffen Kaderorganisation neu organisiert. Dem österreichischen Landesleiter und den selbstherrlichen, untereinander zerstrittenen Gauleitern setzte die Münchner Parteiführung mit Theo Habicht ein „Landesinspekteur“ vor die Nase, der die eigentlichen politischen und sonstigen Geschäfte der Partei führte.¹

Im Gefolge der Wirtschaftskrise und der erdrutschartigen Erfolge der NSDAP im Deutschen Reich begann nun diejenige Phase in der Entwicklung des österreichischen Ablegers, die man als „Massenmobilisierung“ bezeichnen muss. In diesem Beitrag sollen auf Basis serieller Analysen relevanter Quellenbestände – insbesondere der Akten der Generaldirektion für die öffentlichen Sicherheit (GDfdS) – einige strukturelle Aspekte des Nationalsozialismus in der Steiermark in der Phase der Massenmobilisierung und der darauf folgenden Illegalität nachgezeichnet werden.²

¹ Zur Vor- und Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Österreich siehe vor allem Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus; Carsten, Faschismus in Österreich; weiters u. a. Botz, Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus, und Jagschitz, Die Nationalsozialistische Partei.

² Ein Teil dieser seriellen Analysen basiert auf meiner Diplomarbeit (Bauer, Struktur und Dynamik). Zu weiteren strukturellen Aspekten des Nationalsozialismus in der Steiermark und Österreich siehe auch Bauer, „Steiermark ist einmal gründlich verseucht ...“ und Bauer, Arbeiterpartei?. Eine Monographie zur Geschichte der NS-Bewegung in der Steiermark vor 1938 steht noch aus, Ansätze dazu: Staudinger, Zur Entwicklung des Nationalsozialismus; Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz.

Die Ausgangslage: Gemeinderatswahlen 1932

Am 24. April 1932 fanden in Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtags- und in Kärnten und der Steiermark Gemeinderatswahlen statt. Bei den Landtagswahlen hatte die NSDAP mit 14 bis 20% der Stimmen ihren ersten großen Auftritt auf der österreichischen politischen Bühne; die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen waren bescheidener, trotzdem beachtlich.³

Für die Steiermark ist die Erstellung eines Gemeinderatswahlen-Gesamtergebnisses problematisch.⁴ Der Wahlhistoriker Dirk Hänisch errechnete einen landesweiten Stimmen-Gesamtanteil von 8,2%. Die NSDAP konnte demnach im Vergleich zu den Landtags-/Nationalratswahlen von 1930 (landesweit 3,5%, Obersteiermark 5,8%) deutlich zulegen. Bürgerliche Parteien und Wahlbündnisse sowie die Sozialdemokraten verloren Stimmen und Mandate.⁵

Aufschlussreicher ist die Betrachtung von Teilergebnissen. Im Bezirk Leoben erreichte die NSDAP 12,7% der gültigen Stimmen; wenn man nur den Anteil in denjenigen Gemeinden rechnet, in denen die NSDAP tatsächlich zur Wahl stand, waren es 13,3%.⁶ In vielen größeren Städten der Mur-Mürz-Furche mit hohen Arbeiteranteilen blieben die Nationalsozialisten eher erfolglos. In Judenburg und Fohnsdorf erreichten sie jeweils 9,6%, in Donawitz 8,0%, in Bruck an der Mur 9,9% und in Kapfenberg 8,7%. In der mittelschichtgeprägten Stadt Leoben hingegen gewannen die Nazis 1296 Stimmen oder 18,8% und stellten den Vizebürgermeister, jeweils an die zweite Stelle kamen sie in Knittelfeld (19,4%) und Mürzzuschlag (19,7%). In sieben steirischen Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern, die bis auf eine (Leoben) von einer absoluten sozialdemokratischen Mehrheit beherrscht wurden, erreichte die NSDAP im Schnitt 11,2% der gültigen Stimmen.⁷

Ein Gesamtergebnis für das Ennstal, der NS-Hochburg par excellence, liegt nicht vor. In manchen Orten legten die Nationalsozialisten gewaltig zu – und zwar durchwegs auf Kosten des Landbundes und der Großdeutschen, in anderen blieben ihre Erfolge relativ bescheiden. Triumphal waren die NS-Ergebnisse in Schladming, dem einzigen Gerichtsbezirk Österreichs mit einer protestantischen Mehrheit.⁸ Hier hatten die Nazis bereits 1930 13,1% der Stimmen gewonnen. Bei den Gemeinderatswahlen eineinhalb Jahre später kam die NSDAP nun in der kleinen einstigen Landbund-Gemeinde Untertal auf 89% der Stimmen und erhielt sämtliche acht Mandate. In der Ramsau verlor der

³ Ausführlich zu diesen Wahlen und ihren Folgen siehe Schausberger, *Ins Parlament, um es zu zerstören*.

⁴ Vgl. Hänisch, *Die österreichischen NSDAP-Wähler*, S. 102–107; Schausberger, *Ins Parlament*, S. 172–177; Staudinger, *Entwicklung*, S. 54 f.

⁵ Hänisch, *NSDAP-Wähler*, S. 104. Der Autor errechnete sein Ergebnis mangels einer landesweiten Dokumentation aus einer Vielzahl von Zeitungsberichten. Als Basis nahm Hänisch nur jene 351 Gemeinden, deren Wahlergebnis bekannt und auswertbar ist.

⁶ Somit lag sie im Bezirk Leoben genau im Schnitt der gesamten Steiermark, wenn man nur die Ergebnisse in Orten berücksichtigt, in denen sich auch tatsächlich nationalsozialistische Kandidaten der Wahl stellten (13,2% lt. Hänisch, *NSDAP-Wähler*, S. 104).

⁷ Prozentwerte nach Hänisch, *NSDAP-Wähler*, S. 105 f., und nach eigenen Berechnungen anhand der Angaben in der *Obersteirischen Volkszeitung* vom 26. 4. 1932.

⁸ Protestantische Konfessionszugehörigkeit war der stärkste Anzeiger einer hohen NS-Affinität in der gesamten Epoche vor 1938 (vgl. Bauer, *Elementar-Ereignis*, S. 165–169).

Landbund fünf seiner acht Mandate an die Nationalsozialisten; in Klaus erreichte die NSDAP mit 44% die relative Mehrheit, in der Stadt Schladming immerhin 33% und vier von zehn Mandaten.

In Liezen wählten knapp 24% der Stimmbürger die NSDAP, in Irdning ebenso. Im bürgerlichen St. Gallen gewann eine Wahlliste unter Führung der NSDAP 31%, im eher roten Landl erreichte die NSDAP hingegen nur 14%. Auffallend ist, dass im sozialdemokratisch dominierten Gerichtsbezirk Rottenmann die NSDAP in vielen Orten keine Liste stellte oder ihre Ergebnisse im regionalen Vergleich eher bescheiden ausfielen. So kamen die Nationalsozialisten in Trieben nur auf 10,4% oder in Selzthal auf 11,6%, in Rottenmann schafften sie hingegen 19,6%.⁹

Den Nationalsozialisten scheint bei diesen Wahlen noch kein entscheidender Einbruch in das Wählerpotential des Steirischen Heimatschutzes gelungen zu sein. Trotzdem war die Heimatschutz-Bewegung erkennbar im Niedergang, während es bei den Nationalsozialisten nach oben ging. Bereits ein Jahr später sollte der Heimatschutz in Form einer „Kampfgemeinschaft“ von den Nationalsozialisten geschluckt werden. Ob auch in der Steiermark bereits jetzt ein Großteil der Anhänger der Großdeutschen zu den Nationalsozialisten wechselte (wie bei den gleichzeitig stattgefundenen Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg), lässt sich aufgrund einer Analyse der Gemeinderatswahlresultate nicht mit Bestimmtheit sagen. Die Großdeutschen dürften sich besser behauptet haben als in den Landtagen, weil die Zusammensetzung der Gemeinderäte von anderen Gesetzen bestimmt wurde. Ein starkes Abbröckeln ist aber trotzdem unverkennbar.

Zwischen Euphorie und Depression: die Entwicklung bis Frühjahr 1933

Aus den Monatsberichten des steirischen Landesgendarmierkommandos (LGK) und den darin enthaltenen Versammlungsstatistiken lässt sich die Entwicklung der NS-Bewegung und ihre regionale Verteilung in der Steiermark bis Anfang 1933 nachzeichnen. Bis zum August 1932 zeigen die Versammlungszahlen einen gleichmäßigen und schnellen Anstieg der NSDAP und ihrer Aktivitäten. Im LGK-Monatsbericht vom August 1932 heißt es beispielsweise:

„Die stete Zunahme der Bewegung ist unverkennbar und gewinnt auch unter der Bauernschaft, hauptsächlich im Oberlande, immer mehr an Boden. Sie äußert sich auch in den meist beifälligen Aufnahmen der Versamlungsreden und im Anwachsen der Zahl der Versammlungsteilnehmer.“¹⁰

⁹ Prozentwerte nach eigenen Berechnungen anhand der Angaben im „Ennstaler“ vom 29. 4. 1932.

¹⁰ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, Gz. 212.292/32.

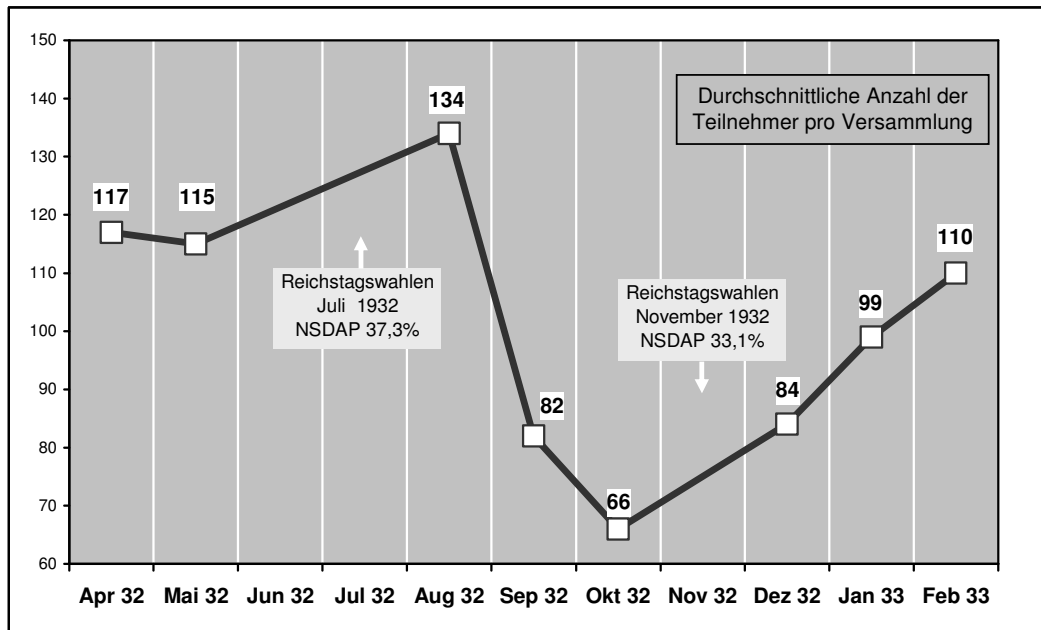


Abbildung: Nationalsozialistische Versammlungen in der Steiermark (außer Graz-Stadt) von April 1932 bis Februar 1933¹¹

Die Nationalsozialisten waren in der Lage, eine Art permanenten Wahlkampf zu führen.¹² Diese Propagandawelle war professionell organisiert und erreichte das kleinste Dorf und hinterste Tal. Ausgewählte „Gauredner“ traten laufend in allen Teilen des Landes auf. Die agrarischen Bezirke der Ost-, West- und Südsteiermark wurden von der Versammlungsflut voll erfasst, während man in den traditionellen Hochburgen der Obersteiermark zugunsten bisher vernachlässigter Bezirke etwas zurücksteckte. Allerdings regten sich im bäuerlich-dörflichen Bereich bald erhebliche Widerstände; und in Arbeitergemeinden waren vor allem bürgerlich-mittelständische Gruppen für die NS-Propaganda ansprechbar, kaum jedoch sozialdemokratische Kernmilieus.

Ab September 1932 kam es zu einem auffälligen Einbruch. Wurden im August im Schnitt 134 Besucher pro Versammlung gezählt, so waren es im Oktober nur noch 66. Die Zahl der Veranstaltung blieb gleich hoch, aber die erste Hitler-Begeisterung flaute trotz des fortgesetzten massiven Einsatzes der NS-Aktivisten ab.¹³ Die Zahlen für Dezember 1932 und Jänner 1933 sind wegen der jahreszeitbedingt geringen Zahl an Veranstaltungen und einem befristeten Versammlungs- und Aufmarschverbot wenig aussagekräftig. Für das LGK war ein „Nachlassen der Zugkraft der nationalsozialistischen Idee“ jedenfalls unverkennbar.¹⁴

¹¹ Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134 u. 5135. Für die fehlenden Monate liegen in dem erwähnten Quellenbestand keine Berichte vor.

¹² Ähnlich agierten sie in Kärnten; vgl. Elste/Hänisch, Auf dem Weg zur Macht, S. 85.

¹³ Ein Umstand, der vom LGK sehr genau registriert wurde (vgl. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5134, Gz. 237.816/32).

¹⁴ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, Gz. 105.939/33.

Dieser Abschwung vollzog sich augenscheinlich parallel zur Entwicklung in Deutschland. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 war die NSDAP mit 37,3% zur stärksten Partei geworden. Als es ihr trotzdem nicht gelang, die Regierung zu übernehmen, geriet sie in eine Phase der Depression. Die Reichstagswahlen vom 6. November 1932 brachten einen deutlichen Rückgang um zwei Millionen Stimmen auf 33,1%. Ähnlich war die Stimmung in der (deutschen) SA, wo die Mitgliederzahlen in der zweiten Jahreshälfte zurückgingen und eine niedergedrückte, ratlose Stimmung herrschte.¹⁵

Der entscheidende Wendepunkt wird durch den 30. Jänner 1933 markiert, der „Machtergreifung“ Hitlers in Deutschland:

„Durch die Ende Jänner 1933 erfolgte Übernahme der Kanzlerschaft in Deutschland durch ihren Führer Adolf Hitler gewann die Bewegung wieder neuerlich – namentlich unter der Jugend – an Zugkraft, weil nun die Verwirklichung ihrer radikalen Programmpunkte wenigstens in Deutschland in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist. [...] Die Werbetätigkeit wird konsequent auch auf das flache Land ausgedehnt, wo die allgemein herrschende Notlage und Unzufriedenheit mit den behördlichen Maßnahmen für die Bewegung einen guten Nährboden abgibt.“¹⁶

Die skizzierte Entwicklung lässt sich auch in internen Mitgliederstatistiken ablesen, die regelmäßig in den „Steirischen Gau-Nachrichten“, einem Mitteilungsblatt der Gauleitung, veröffentlicht wurden.¹⁷ In nur sieben Monaten (von September 1932 bis Mai 1933) nahm die NSDAP-Mitgliedschaft diesen internen Angaben zufolge in der ganzen Steiermark um nicht weniger als 110% zu, wobei es – einerseits flächenmäßig betrachtet, andererseits über den Zeitverlauf – starke Wachstumsunterschiede gab. In den Bezirken der Obersteiermark betrug die Zunahme im Großen und Ganzen zwischen 50 und 100%, also etwas weniger als der Gaudurchschnitt – allerdings war die Ausgangsbasis hier wesentlich besser gewesen als in den mittelsteirischen Agrarbezirken, wo 1932/33 die größte Zuwächse verzeichnet wurden.¹⁸

Im Herbst 1932 ist ein ähnlicher Einbruch zu konstatieren wie bei den Versammlungen, auch die Zahl der Ortsgruppen-Neugründungen ging auffallend zurück.¹⁹ Mit der „Machtergreifung“ kam es dann zu einem richtiggehender Run auf die NS-Mitgliedschaft, sodass die „Gau-Nachrichten“ wiederholt dazu aufriefen, bei der Neuaufnahme von Mitgliedern sorgfältig vorzugehen, da viele „Konjunkturritter“ zur Partei drängten.

¹⁵ Longerich, Geschichte der SA, S. 159.

¹⁶ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, Gz. 130.486/33.

¹⁷ In diesen Statistiken werden allerdings keine absoluten oder Prozentzahlen genannt, sondern nur undurchsichtige Verhältniszahlen ohne Bezugsgröße. Trotzdem geben die Daten Aufschluss über die jeweilige regionale Stärke sowie über die Zunahme innerhalb des genannten Zeitraums. Vgl. auch Elste/Hänisch, Weg, S. 80.

¹⁸ Für Näheres über regionale Unterschiede bei der NS-Affinität in der Steiermark siehe Bauer, „Steiermark ist einmal gründlich verseucht ...“.

¹⁹ Gau-Nachrichten, 4. 11. 1932.

Enttäuschte Sieges euphorie: Übergang zu illegalen Aktionsformen

Durch die Ereignisse in Deutschland hatten die Nationalsozialisten einen gewaltigen Aufschwung erfahren. Vor der Folie der absoluten Sieges- und Heilserwartung der ersten Jahreshälfte 1933 entwickelten sich – parallel zum „autoritären Kurs“ der Regierung Dollfuß – die zunehmend brutaler werdenden Aktionsformen der Illegalität. Eine Entwicklung, die im Juli 1934 schließlich ihren Höhepunkt erreichte.

Diese illegalen Aktionsformen entstanden nicht erst im März 1933, sondern waren bereits in den Straßen- und Saalschlachten, Prügeleien etc. des Jahres 1932 und der Jahre davor angelegt gewesen. „Neu“ waren Hakenkreuz-Schmieraktionen, Bummel und „spontane“ Straßendemonstrationen, Höhenfeuer, Papierböllern- und Sprengstoffanschläge, Sabotageakte. Alte militante Aktionsformen, wie offene Zusammenstöße (Straßenkämpfe, Saalschlachten) mit politischen Gegnern oder etwa das Vereiteln von gerichtlich angeordneten Exekutionen, traten unter dem Druck des sich zunehmend etablierenden Polizeistaates nach und nach zurück, ebenso zivile Formen wie politische Versammlungen, Ansprachen, Aufmärsche, Appelle, Festveranstaltungen, so genannte gesellige Zusammenkünfte („Deutscher Abend“, „Bunter Abend“) etc. Die verschärfte Gangart der Regierung machte es nötig, alternative Agitationsformen zu entwickeln. Diese neuen Formen waren allerdings in den alten oft implizit angelegt und gingen häufig direkt aus ihnen hervor. Nicht wenige wurzelten in den Nationalitätenkämpfen der Donaumonarchie und waren im deutschnationalen Milieu der Universitäten entwickelt worden. Zudem hatte man mit ähnlichen Verboten in den letzten Jahren der Weimarer Republik Erfahrungen sammeln können.²⁰

Den Auftakt zu einem verstärkten öffentlichen Auftreten der österreichischen Nationalsozialisten gab der Wahlsieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933. In der ganzen Steiermark fanden aus diesem Anlass Fackelzüge und Kundgebungen statt.²¹ Im März 1933 lassen sich die ersten typisch illegalen Aktionsformen beobachten: Klebe- und Schmieraktionen, Höhenfeuer, so genannte Straßenbummel (als provokante Alternative zu den nunmehr verbotenen Aufmärschen und Demonstrationen). Weiterhin kam es noch zu den aus den vorangegangenen Jahren bekannten Störungen und Gegendemonstrationen durch (zumeist linksgerichtete) politische Gegner, ebenso traten Nationalsozialisten ihrerseits bei gegnerischen Veranstaltungen als Unruhestifter auf und versuchten, diese zu sprengen.

Einen Höhepunkt erreichte die NS-Propagandatätigkeit, die im April ausschließlich in traditionellen Bahnen verlief, rund um den 20. April („Führers Geburtstag“) mit zahlreichen Geburtstagsfeiern, Freudenfeuern, ja sogar Gottesdiensten. Anfang Mai setzte eine deutlich verschärfte Gangart ein. In den „Gau-Nachrichten“ erschien – im Zusammenhang mit dem von der Regierung erlassenen Uniformverbot – die folgende Anweisung:

²⁰ Mitte 1930 wurde beispielsweise in Bayern, Preußen und Baden ein Uniformverbot erlassen, was die SA mit diversen Kostümierungen beantwortete – ähnlich reagierte man drei Jahre später in Österreich. Im April 1932 trat deutschlandweit ein generelles Verbot der SA in Kraft. (Vgl. Longerich, Geschichte der SA, S. 100 u. 154 f.)

²¹ Vgl. auch Gau-Nachrichten, 28. 2. 1933, in denen „Richtlinien betreffend Durchführung der Siegeskundgebungen am 6. und 7. März 1933“ erlassen wurden.

„Sonntag, den 7. d. M. mit dem Beginn von 10 Uhr gehen sämtliche Parteigenossen, SA, SS-Männer, HJ und Sympathisierende in ihrem Orte spazieren. Uniform darf nicht getragen werden, sondern Zivilhose, weißes Hemd, schwarze Binde mit Hakenkreuznadel. Kopfbedeckung wird keine getragen. Der Spaziergang soll etwa zwei Stunden dauern. Der Spaziergang darf natürlich kein militärisches Marschieren sein. Schmährufe gegen die Regierung sind zu unterlassen.

In nächster Zeit sollen überall, wo es nicht ausdrücklich verboten ist, namentlich an Bahnlinien, Hakenkreuzzettel geklebt werden. Sachschäden sind dabei zu vermeiden.“²²

Mitte Mai spitzte sich die Lage zu. Die Ausweisung des bayrischen „Reichsjustizkommissars“ Hans Frank und die am 27. Mai 1933 erlassene „Tausendmarksperr“ mündeten in einer nationalsozialistischen Terrorwelle. Ab 12. Juni 1933 kam es in allen Teilen Österreichs zu Terror- und Sabotageakten; gleichzeitig ließ die Regierung im gesamten Bundesgebiet NS-Führer verhaften. Bis zum 19. Juni starben in Österreich infolge der Terrorakte drei Personen, fünf weitere wurden schwer verletzt.²³

Nach dem Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933 blieb einige Tage lang alles ruhig. Aber die Partei konnte sich von dem längst erwarteten Schritt der Regierung²⁴ schnell erholen. Das Verbot hatte die Nationalsozialisten nicht unvorbereitet getroffen; die Grundstrukturen der Illegalität waren bereits vorher gebildet worden. Vorerst verringerten sich die NS-Aktivitäten, die trotzdem während des ganzen Sommers und Frühherbstes auf mittlerem Niveau anhielten. Häufig wurden Aktionen eher leichten Charakters – also verbotene Versammlungen und Demonstrationen, Klebe- und Schmieraktionen, Höhenfeuer etc. – durchgeführt, daneben aber auch einige Sabotage- und Terroraktionen. Ab Oktober 1933²⁵ nahmen die NS-Aktivitäten dann wieder auffallend zu.

Terror- und Sabotageaktionen Anfang 1934

Zwischen dem 31. Dezember 1933 und dem 10. Februar 1934 wurden von der Gendarmerie in der obersteirischen Industrieregion 237 Fälle von gelungenen und versuchten Sprengstoff- und Böllerdetonationen gezählt, die zum allergrößten Teil von Nationalsozialisten verübt wurden (von linkem Bombenterror in größerem Maßstab wird erst nach dem 12. Februar 1934 berichtet). Das Liniendiagramm der täglichen Explosionen zeigt heftige Ausschläge mit zwei markanten Höhepunkten am 20. Jänner und 1. Februar 1934. Beide Male stand das Gebiet von Leoben-Donawitz im Zentrum; am 20. Jänner explodierten alleine in Leoben zwischen 20.30 und 21.00 Uhr 23 Papierböller und zwei Sprengkörper.

²² Gau-Nachrichten, 6. 5. 1933.

²³ Botz, Gewalt in der Politik, S. 216.

²⁴ Zahlreiche von der Exekutive sichergestellte NS-interne Dokumente zeigen, dass spätestens seit Mai 1933 Maßnahmen für den Fall des unmittelbar bevorstehenden Verbots getroffen wurden (vgl. z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876).

²⁵ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5136, Gz. 242.388/33.

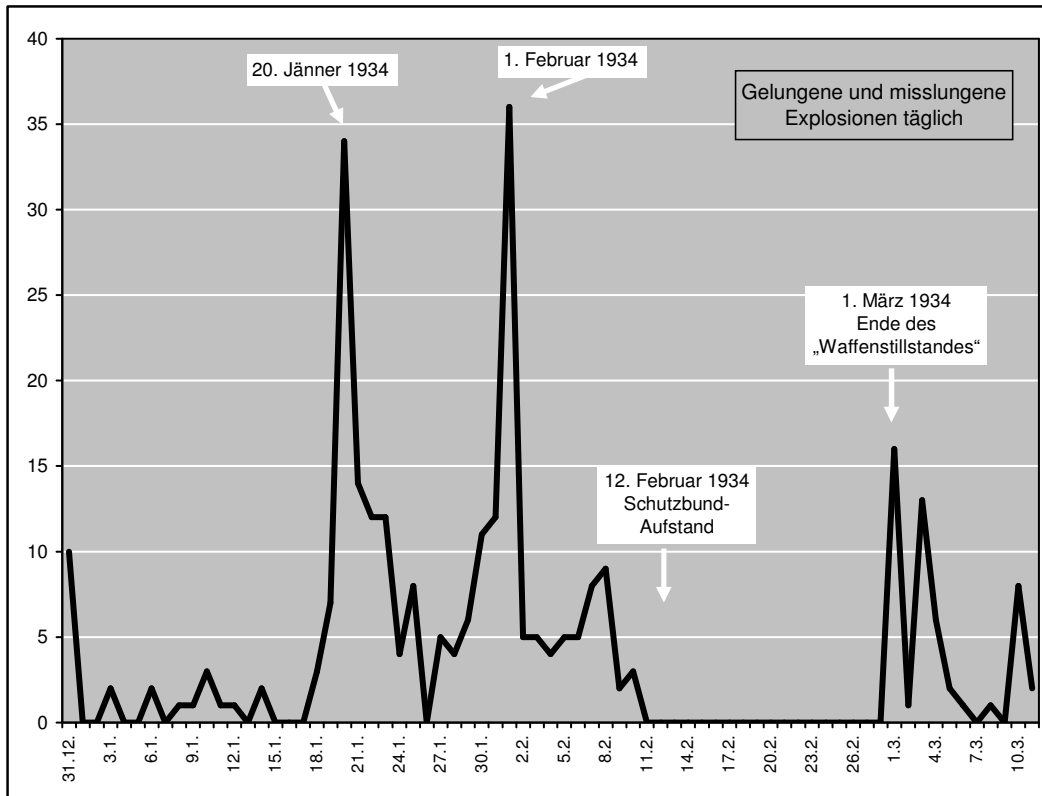


Abbildung: Nationalsozialistische Böller- und Sprengstoffanschläge vom 31. Dezember 1933 bis 11. März 1934 in der obersteirischen Industrieregion.²⁶

Einen Eindruck von der nationalsozialistischen Gewalt vermittelt ein Bericht der Grazer Polizei, die in der Silvesternacht 1933/34 folgende Aktionen registrierte:

- vier Papierböller-Explosionen und die Entzündung eines ein Meter hohen Hakenkreuzes in der Nähe des Freiheitsplatzes;
- Versuch, im Herbsteingarten des Schlossberges ein Hakenkreuz zu entzünden, Ähnliches zur selben Zeit auf dem Hauptplatz;
- auf dem Hauptplatz Versuch einer nationalsozialistischen Demonstration (ca. 120 Personen in losen Gruppen), von der Polizei verhindert;
- Explosion eines Papierböllers vor dem Geschäftsportal einer jüdischen Firma in der Kaiserfeldgasse, Zertrümmerung einer Auslagenscheibe;
- Sprengstoffanschlag auf ein jüdisches Geschäft in der Münzgrabenstraße, drei Auslagenscheiben und weitere 55 Fensterscheiben in der Umgebung wurden zertrümmert, weitere Sachschäden;

²⁶ Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, 5138; BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4883; ÖStA, AdR, BKA-Inneres 1934 Sicherheitsdirektorenberichte, Ktn. 0042 (wöchentliche Lageberichte des Sicherheitsdirektors für Steiermark).

- Papierböllers-Anschlag auf ein Radiogeschäft in der Jakoministraße, eine Auslagenscheibe zertrümmert;
- Fund eines Papierböllers mit glühender Zündschnur nahe dem Hauptplatz, die Explosion wurde verhindert;
- Wurf von Hakenkreuzwimpeln über Leitungsdrähte und Bäume, Verteilung von Streuzetteln an verschiedenen Plätzen, Hakenkreuzschmierereien in diversen Straßenbahn- und Zuggarnituren.
- Am Vorabend (30. 12. 1933) war auf eine Veranstaltung des Vereines Ottonia im Kolpingsaal (60 bis 70 Personen) ein Sprengkörperanschlag verübt worden, wobei 14 Fensterscheiben und ein Eisengitter und im Nebenhaus neun Fensterscheiben zu Bruch gegangen waren.²⁷

Am 12. Februar 1934 (Schutzbundaufstand) ebte die Welle der nationalsozialistischen Gewalt schlagartig ab. Theo Habicht verkündete eine Woche später über Rundfunk einen mit bestimmten Bedingungen für einen „Friedensschluss“ mit der Regierung verknüpften „Waffenstillstand“ bis Ende Februar, der ausnahmslos eingehalten wurde. Beginnend mit 1. März kam es wieder zu einer Reihe von Explosionen, die insgesamt nicht mehr das Ausmaß von Ende Jänner/Anfang Februar erreichten.

Ob und in welchem Ausmaß ehemalige Schutzbündler und Sozialdemokraten nach der gescheiterten Februarrevolte zu den Nationalsozialisten übergingen, ist für die Steiermark weitgehend unbekannt. Hans Schafranek hat aufgezeigt, dass es nach dem 12. Februar in Wien und Oberösterreich zwischen den im Untergrund agierenden Nationalsozialisten und Sozialdemokraten vielfältige Berührungspunkte gab, gemeinsame Propagandaformen, „klandestine“ taktische Kooperationen und sich ähnelnde Methoden im militanten Kampf, aber niemals eine formale Kampfgemeinschaft. Zudem ist der Übergang einer größeren Zahl ehemaliger, von ihrer Parteiführung frustrierter Schutzbündler und sonstiger linker Aktivisten zu den Nationalsozialisten nachweisbar, lässt sich aber weder in absoluten Zahlen noch prozentuell quantifizieren. Gerade unter den Bedingungen des illegalen Kampfes existierten enorme Grauzonen.²⁸ In der Steiermark, insbesondere im Gebiet der die illegalen Nationalsozialisten massiv unterstützenden Alpinen Montangesellschaft, waren dem Heimatschutz und seiner „Unabhängigen Gewerkschaft“ bereits Ende der 1920er Jahre mit brutalem existenziellen Druck Einbrüche in die sozialdemokratische Arbeiterschaft gelungen.²⁹ Nach dem 12. Februar schlossen sich in Donawitz zahlreiche Schutzbündler der SA an, wie den Ausführungen eines SA-Scharführers zu entnehmen ist; ebenso gelangten Waffen des Schutzbundes in den Besitz der Nationalsozialisten.³⁰

Bei aller internen Konkurrenz scheint zu diesem Zeitpunkt die Führung der illegalen NSDAP von Deutschland aus noch verhältnismäßig klaglos funktioniert zu haben. Das Stillhalten der illegalen Nationalsozialisten im Februar 1934 beweist deutlich als alles

²⁷ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, Gz. 101.116/34.

²⁸ Schafranek, Hakenkreuz und rote Fahne; vgl. auch Konrad, Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten.

²⁹ Vgl. Staudinger, Staudinger, „Unabhängige Gewerkschaft“ und Arbeiterschaft in der Obersteiermark.

³⁰ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Akt Nr. 8000, Bericht von Heribert Eberhardt über den Juliputsch in Donawitz an das Gauarchiv der NSDAP Steiermark (1944).

andere, dass der nationalsozialistische Terror von außen gelenkt war. Offensichtlich bestand ein bestens funktionierender Verbindungsdienst, der es ermöglichte, Aktionen schlagartig anzuordnen oder diese auf Kommando ebenso schlagartig wieder zu stoppen.

Typologie illegaler nationalsozialistischer Aktionsformen

Durch das Verbot und die Repressionen des austrofaschistischen Regimes waren die Möglichkeiten der Werbung und Agitation für den Nationalsozialismus stark eingeschränkt. Für eine wirkungsvolle Propaganda aus dem Untergrund waren die Voraussetzungen allerdings nicht schlecht, verfügte man doch in allen Teilen des Landes über einen mehr oder weniger großen Stamm an Aktivisten und über Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung.

Am wichtigsten war die vorbehaltlose Unterstützung, aus dem Deutschen Reich. Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter wurden in Deutschland hergestellt und in Großmengen nach Österreich geschmuggelt. Neben dieser zentral von München aus gelenkten, gab es auch regionale Propaganda – in Österreich hergestellte Flugschriften, hektographierte Lokalzeitungen, Streuzettel etc., dazu die unzähligen Hakenkreuzschmierereien und -streuungen, das Anbringen von selbst hergestellten Plakaten und Parolen, das Abbrennen von Höhenfeuern etc. Deutlich lässt sich bei den NS-Aktionen in der Steiermark das Prinzip der „Arbeitsteilung“ zwischen zentraler Befehlsgebung und örtlicher Spontaneität erkennen.³¹

Große Mengen an Sprengstoffen und Waffen kamen aus Deutschland, aber auch aus anderen Nachbarstaaten (insbesondere Jugoslawien), nach Österreich. Für den Schmuggel und die Ausführung der in jeder Hinsicht gefährlichen Sabotage- und Terrorakte waren häufig speziell geschulte Terrorgruppen verantwortlich. Die Österreichische Legion, die in Bayern aus österreichischen NS-Flüchtlingsen gebildet worden war, spielte eine besondere Rolle.³²

Letztlich konnte eben alles zur Propaganda werden – auch und gerade Gewalt. Die Sabotage- und Terrorakte sind mit Gerhard Botz „auch als extremste Form der Propaganda, als ‚Propaganda der Tat‘ aufzufassen“.³³

Die nachfolgende Typologie basiert im Wesentlichen auf den Lageberichten des Landesgendarmeriekommandos und des Sicherheitsdirektors für Steiermark.³⁴ Die gebildeten Kategorien werden in diesen Berichten zwar nicht explizit verwendet, in ihrer Wertung der Schwere von illegalen Verstößen und Verbrechen nimmt die Exekutive aber eine ähnliche Haltung ein.

³¹ Vgl. Longerich, Geschichte der SA, S. 233.

³² Jagschitz, Der Putsch, S. 33–43 u. 68–72.

³³ Botz, Gewalt in der Politik, S. 262. Ausführlich zu Aktionsformen der SA in den letzten Jahren der Weimarer Republik und zum gezielten Einsatz von Gewaltmitteln siehe Longerich, Geschichte der SA, S. 116–126.

³⁴ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 5136, 5137 – monatliche bzw. wöchentliche Lageberichte des Landesgendarmeriekommandos und des Sicherheitsdirektors für Steiermark. Weitere Quellen sind die vom austrofaschistischen Regime lancierten Schriften „Das Braunsch“, „Der braune Terror gegen Österreich“ und „Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte“ sowie vor allem Botz, Gewalt in der Politik.

Typologie illegaler nationalsozialistischer Aktionsformen

Primär gewaltloser Aktionismus

- Tragen verbotener Abzeichen und Erkennungszeichen
(z. B. Hakenkreuznadel; ein Stück Stacheldraht am Hut von ehemaligen Häftlingen in Anhaltelagern; weiße Sportstrümpfe etc.)
- Heil-Hitler-Rufe, Hitler-Gruß, Singen des Horst-Wessel-Liedes u. a. NS-Lieder
- Boykott- und Streikaktionen:
 - gegen Privatpersonen, insbesondere Geschäftsleute, weil sie Parteigänger des politischen Gegners und/oder Juden waren
 - gegen Maßnahmen der Regierung u. a. öffentlicher Institutionen (z. B. Raucherstreik, um die Einnahmen der Regierung aus dem Tabakmonopol zu verringern; Boykott der von der Regierung aufgelegten Trefferanleihe etc.)
 - demonstrative Austritte aus der katholischen und Übertritte zur evangelischen Kirche
 - Weigerung, sich für eine Putzschar aufstellen zu lassen; Provokationen im Zuge der Tätigkeit der Putzschar
- Versammlungen, Veranstaltungen und Zusammenkünfte
(z. B. „Bildungsvorträge“; Hitler-Geburtstagsfeiern; Radioübertragungen der Reden von Hitler und anderen NS-Führern; Siegesfeiern; wöchentliche Sprechabende; „gesellige Zusammenkünfte“; Appell-, Exerzier- und Geländeübungen; gemeinsame Ausflüge etc.)
- Demonstrationen und Demonstrationsbummel
(z. B. „in absonderlichen Kleidungsstücken“ gegen das Uniformverbot; aus Anlass des Besuchs des deutschen Ministers Frank; demonstrative Begrüßungsfeiern anlässlich der Rückkehr von NS-Führern aus der Haft; Versuche der Störung von „vaterländischen“ Kundgebungen; tägliche Straßenbummel und Massenspaziergänge etc.)
- Zurschaustellung des Hakenkreuzes in allen denkbaren Varianten:
 - Errichtung von Hakenkreuzen an schwer zugänglichen Stellen im Terrain (z. B. aus Holzgestellen, durch Schneeaushhebung, in Flüssen, auf weithin sichtbaren Bergwiesen, auf Bäumen, auf Starkstromleitungsmasten etc.)
 - Hissen und Anbringen von Hakenkreuzfahnen und -wimpeln an schwer zugänglichen Stellen (z. B. über Fernsprech- und Stromleitungen geworfen, auf Kaminen, öffentlichen und privaten Gebäuden, Türmen, Ruinen, hohen Bäumen etc.)
 - Abbrennen von Höhen- und Hakenkreuzfeuern
(z. B. bei Sonnwendfeiern, aus Anlass von Wahlsiegen, von Hitlers Geburtstag und sonstigen nationalsozialistischen Gedenktagen etc.)
- Klebe-, Schmier- und Streuaktionen
(z. B. Aufkleben von Flugzetteln entlang von Straßen und Bahnlinien; Anbringen gefälschter Wandzeitungen; Beschmierung von Straßen, Brücken, Wänden, Heustadeln, Felsen u. dgl.; Ausstreuen von Flugblättern und Flugzetteln; Ausstreuen von Flugzetteln aus fahrenden Autos oder von Motorrädern)
- Totenkult
(z. B. Begräbnisse von NS-Führern und -Parteigenossen; „Friedhofpropaganda“ zu Allerseelen; Niederlegung von Kränzen mit Hakenkreuzschleifen bei Kriegerdenkmälern und auf Friedhöfen anlässlich des 9. November etc.)
- Versenden von zum Teil anonymen „Werbe- und Propagandabriefen“ an ausgewählte oder auch zufällige Personengruppen, zumeist aus Deutschland

Fortsetzung folgende Seite

- Hilfsaktionen
(z. B. Sammlungen für die Angehörigen inhaftierter Nationalsozialisten; Verteilung von Hilfsgeldern aus Deutschland; Unterstützungskredite für Not leidende Kleinbauern etc.)

Gewalt gegen Sachen – Sabotage

- „Harmlose“ Attacken und „Lausbubenstreiche“
(z. B. das Ausstreuen von Schuhnägeln auf der Bundesstraße oder das nächtliches Einwerfen von Fenstern etc.)
- Werfen von Papierböllern und sonstigen Explosivkörpern sowie Gasphiolen auf öffentlichen Plätzen und Straßen
- Anschläge auf die staatliche und privatwirtschaftliche Infrastruktur
(z. B. auf Eisenbahnschienen, Bahn- und Straßenbrücken, Fernsprech- und Stromleitungen, teils durch Explosionen, teils durch Abzwicken von Drähten u. dgl.)
- Brand- und Sprengstoffanschläge auf staatliche, auf „vaterländische“ und kirchliche Einrichtungen sowie auf Häuser und Geschäftslokale von politischen Gegnern, Vertretern des Staates und Juden
(z. B. Gerichte und andere Amtsgebäude, Gendarmeriewachstuben, Unterkünfte des Schutzkorps, katholische Vereinsheime, Pfarrhöfe, Privatwohnungen von Beamten, Gendarmen, bekannten „Vaterländischen“ oder Linken etc.)

Gewalt gegen Personen – Terror

- Anschläge mit Stinkbomben und Tränengas
(z. B. Deponierung in Sälen, in denen „vaterländische“ Kundgebungen stattfinden sollten, in Amtsgebäuden, Wachstuben u. dgl.; Wurf von Stinkbomben in Veranstaltungen etc.)
- Psychoterror
(z. B. Hetzaktion gegen missliebige Personen mit Plakaten und Streuzetteln; Hinterlegung von Sprengkörperattrappen vor Wohnungstüren von politischen Gegnern; Drohbriefe an Gendarmen, Beamte, Schutzkorpsleute und Privatpersonen etc.)
- Steinwürfe auf Fensterscheiben von Räumen, in denen sich Menschen aufhielten
(z. B. nächtliche Steinwürfe auf Schlafzimmerfenster; auf die Fenster von Versammlungsräumen etc.)
- Papierbölleranschläge auf Menschen
(z. B. Papierböllerwürfe aus Gebäuden auf vorbeigehende Passanten; Böllerwürfe in Versammlungsräume etc.)
- Brand- und Sprengstoffanschläge auf bewohnte öffentliche und private Gebäude
- Gewalttätige Überfälle auf und Misshandlung von missliebigen Personen
(z. B. Schutzkorpsleute, Gendarmen, Beamte, Repräsentanten des Staates, Vertreter der katholischen Kirche, politische Gegner etc.)
- Gezielte Mordanschläge

Der primär gewaltlose Aktionismus war manchmal phantasievoll, anarchisch, auf ein Lächerlichmachen der Staatsmacht ausgerichtet. Oft scheint es zulässig, von „Lausbubenstreichen“ und „Räuber-und-Gendarmen-Spielen“ zu sprechen. In den meisten Fällen handelte es sich schlicht um Sachbeschädigung; die Hakenkreuz-Schmierereien wurden folgerichtig als Akte des Vandalismus angesehen. Auch diese spontan wirkenden Aktionen waren meist zentral vorbereitet und minutiös geplant – zumindest vor dem Verbot der Partei. In einer parteiamtliche Anweisung der NSDAP vom Mai 1933 heißt es:

„Inschriften wie ‚Heil Hitler‘, ‚Ein Volk – Ein Reich‘, ‚Wir wollen zu Hitler‘ sind möglichst groß auf alle möglichen Flächen (Zäune, Mauern, Scheunen, Tore, mit Kalk auch auf von der Bahn aus sichtbaren Dächern) zu malen, und zwar so, dass sie vom Vorbeifahrenden leicht lesbar sind. Auch auf Rasenflächen, Futtermauern und dergleichen kann, sofern sie gut sichtbar sind, mit Kalk geschrieben werden. (Achtung: Überall saubere Schrift, ohne Rechtschreibfehler!)“³⁵

Psychoterror und nackte Drohungen zählten ebenso zum Repertoire des illegalen NS-Aktionismus. Adressaten waren vor allem Amtsträger, Gendarmen, Polizisten, „Vaterländische“ etc. Dabei übernahm das kommende „Dritte Reich“ in gewisser Weise die Funktion des „Jüngsten Gerichtes“. In einem häufig verschickten Brief „an die nationalen Beamten der Sicherheitsbehörden“ beispielsweise hieß es:

„Gewissen Kollegen, die mit einem wahren Sadismus Jagd auf Nationalisten machen – meist sind es Windische und Tschechen –, denen teile mit, dass die Abrechnung furchtbar sein wird. *Wir werden jeden hängen, der einen von uns gemein behandelt.* Genau so brutal wie heute diese Henkersknechte uns verfolgen und unsere Existenz zerstören, genau so brutal wird die Vergeltung sein. [...]

Wenn Sie zufällig etwas finden sollten, z. B. schwere deutsche Maschinen-gewehre und neue deutsche Handgranaten, so müssen Sie halt einen Augenblick blind sein und vorbeigehen. [...] Für jede Arbeit, die wir Ihnen heute machen müssen, werden wir uns nach unserer Machtergreifung hundertfach erkenntlich zeigen.“³⁶

Die Gewalt gegen Sachen und die gegen Personen ist meist nicht zu trennen: Ein Brand- oder Bombenanschlag gegen ein Gebäude konnte jederzeit einen Passanten oder einen Insassen treffen; ein geplatzter Reifen auf der Bundesstraße, nachdem Nazis Schusternägel gestreut hatten, konnte einen Unfall mit Personenschaden nach sich ziehen. Zudem lässt sich im Laufe der Zeit ein sukzessives Übergehen zu gewalttätigeren Aktionsformen beobachten. Auf Menschenleben wurde immer weniger Rücksicht genommen. Die illegalen nationalsozialistischen Aktionen eskalierten – und mündeten schließlich in der offenen Gewalt des Juliputsches.

Flucht nach Deutschland

Im Sommer 1933 erwähnte das LGK ein neuartiges Phänomen. Vorläufig hauptsächlich aus den Bezirken Gröbming und Liezen stammende Nationalsozialisten – „darunter Bauernsöhne, Knechte, Arbeiter und Professionisten“ – würden sich unter dem Vorwand, eine längere Bergtour zu unternehmen, mit Rucksäcken von zu Hause fort-begeben. Allerdings ließen sich diese meist jungen Männer stattdessen mit „gedungenen Mietautos“ an die Grenze bringen, um illegal nach Deutschland überzutreten.³⁷ Viele weitere Berichte und Akten – oder auch zeitgenössische lokale Zeitungen – belegen, dass sich diese „neue Erscheinung“ rasch zu einer veritablen Fluchtwelle auswuchs.

³⁵ Gau-Nachrichten, 19. 5. 1933, S. 17 (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876). Hervorhebungen im Original. Vgl. ein Rundschreiben der Gauleitung Steiermark, das die Verteilung von Flugblättern detailliert regelt (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4876, Gz. 172.206/33).

³⁶ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5136, Gz. 253.174/33. Hervorhebungen im Original.

³⁷ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, Gz. 202.036/33.

Die als „Hochverrat“ gewertete Flucht von überwiegend jungen männlichen Österreichern nach Deutschland, wo diese im Regelfall in die Österreichische Legion eingereiht wurden, ist als Sonderform im Rahmen der illegalen Betätigung zu werten. Wie die GDfdöS-Akten³⁸ und zeitgenössische Berichte belegen, wurden viele illegale Taten (vom Hakenkreuzschmieren bis zum Bombenwerfen und Brandlegen) in der Absicht begangen, einen Vorwand für die Flucht ins Deutsche Reich zu finden und der tristen politisch-ökonomischen und persönlichen Situation in der Heimat zu entkommen.

Die Flüchtlinge wurden in einem formellen Verfahren ausgebürgert und in ein „Ausbürgerungsverzeichnis“ aufgenommen, um ihre Wiedereinreise zu verhindern.³⁹ Bis Ende Oktober 1934 wurden aus der Steiermark laut Ermittlungen der GDfdöS 998 Personen rechtskräftig und 291 noch nicht rechtskräftig ausgebürgert.⁴⁰ Auffallend viele Flüchtlinge (47%) kamen aus den näher zur deutschen Grenze gelegenen Bezirken der Obersteiermark (Gröbming und Liezen) und aus den südsteirischen Grenzbezirken Leibnitz, Radkersburg und Deutschlandsberg. Die Zahl der aus ganz Österreich zu diesem Zeitpunkt rechtskräftig Ausgebürgerten lag bei 3879 Personen.⁴¹ Demnach kam rund ein Viertel aller nationalsozialistischen Flüchtlinge aus der Steiermark. Allerdings waren Salzburg und Kärnten im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl innerhalb Österreichs noch wesentlich stärker überrepräsentiert. Wenn man den Mannschaftsstand der Legion im Sommer 1934 mit grob 10.000 Mann beziffert,⁴² zeigt sich eine beachtliche Diskrepanz zur Zahl der offiziell Ausgebürgerten. Es scheinen demnach längst nicht alle zur Österreichischen Legion Geflüchteten von den österreichischen Behörden erfasst worden zu sein.

Selbständige in Land- und Forstwirtschaft	2,1%
Landwirtschaftliche Arbeiter	7,7%
Gewerbliche Arbeiter	45,5%
Industrie- und Facharbeiter	4,5%
Hilfsarbeiter	15,5%
Selbständige in Handel und Gewerbe	4,5%
Öffentlich Bedienstete	5,4%
Privatangestellte	11,0%
Freie Berufe	0,6%
Studenten und Schüler	3,3%

Abbildung: 336 vor dem Juliputsch aus ganz Österreich nach Deutschland geflüchtete Nationalsozialisten nach Berufskategorien.⁴³

³⁸ Vgl. z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4908 u. 4909, die beide ausschließlich einen Sammelakt über die Österreichische Legion enthalten.

³⁹ Beispiele: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5136, Gz. 211.951/33 und BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, Gz. 234.098/34.

⁴⁰ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4899, Gz. 309.888. – Die in der Folge des Juliputsches Geflüchteten scheinen von der Liste nur zu einem geringen Teil erfasst worden zu sein.

⁴¹ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4899, Gz. 309.888.

⁴² Vgl. Bauer, Elementar-Ereignis, S. 34.

⁴³ Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, Gz. 234.098/34.

Unter den Flüchtlingen befanden sich zu fast zwei Drittel Personen aus Arbeitermilieus (wobei landwirtschaftliche Arbeiter den bäuerlichen Milieus zugerechnet werden). Signifikant war die fast absolute Dominanz von gewerblichen Berufen, auffallend gering hingegen der Anteil an Industriearbeitern; mit 11% waren Privatangestellte stark vertreten. Ein Blick auf die Altersstruktur dieser Flüchtlinge zeigt, dass fast 80% der Flüchtlinge unter 30 Jahren alt waren und rund die Hälfte unter 25 Jahren. Das Durchschnittsalter betrug 26,1 Jahre.

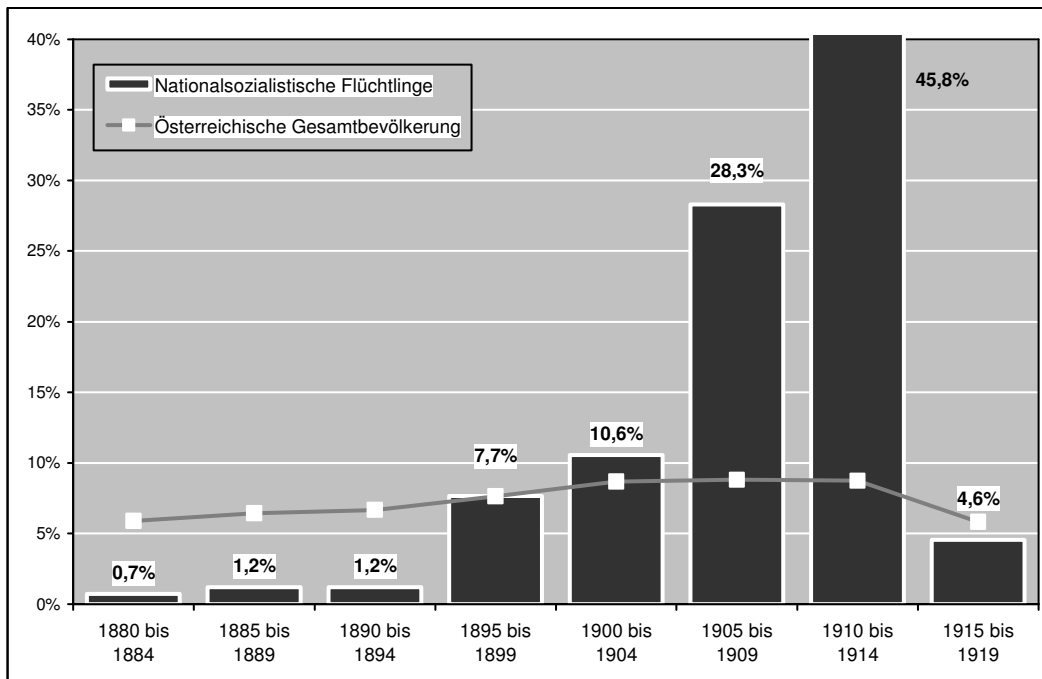


Abbildung: 417 vor dem Juliputsch aus ganz Österreich nach Deutschland geflüchtete Nationalsozialisten nach Jahrgangsguppen.⁴⁴

In der Gruppe der vor dem Juliputsch Geflüchteten war der Arbeiteranteil im Allgemeinen und der Anteil an gewerblichen Arbeitern im Speziellen noch wesentlich höher als unter den Teilnehmern des Juliputsches. Es ist offensichtlich, dass vor allem junge, unabhängige, häufig arbeitslose oder unterbeschäftigte Personen die Chance ergriffen, ins scheinbar boomende Deutsche Reich zu fliehen. Allein die sozial- und altersstrukturelle Zusammensetzung macht klar, dass es sich in einem hohen Ausmaß um Wirtschafts- und weniger um politische Flüchtlinge handelte. Da viele der Flüchtlinge aus dem ländlichen, dörflichen Bereich stammten, ist dieses Phänomen als eine Fortsetzung der seit Ende des 19. Jahrhunderts bestehenden, mit der Wirtschafts-

⁴⁴ Quelle: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4896, Gz. 234.098/34; Volkszählung 1934, Heft 1, S. 36.

krise zum erliegen gekommenen Land-Stadt-Migration zu bezeichnen, gleichsam als eine „Landflucht“ mit anderen Mitteln.⁴⁵

Die soziale und Alterszusammensetzung der NS-Flüchtlinge ist nicht als repräsentativ für die der illegalen Nationalsozialisten in der Steiermark und in Österreich in den Jahren 1933/34 schlechthin anzusehen. Allerdings gehörten diese Flüchtlinge durchwegs zur den Trägern des mit revolutionärer sozialer Dynamik aufgeladenen illegalen Aktionismus der NSDAP in der Zeit vom Verbot der Partei bis zum Juliputsch.⁴⁶

Tarnorganisationen und Unterwanderung

Die Voraussetzungen für die Schaffung von Plattformen für die illegale Betätigung durch die Unterwanderung bestehender Organisationen und die Bildung von Tarnorganisationen wurden bereits vor dem Juni 1933 geschaffen, als es der NSDAP gelang, in die oft seit langem bestehenden Vereine und Organisationen des deutschnationalen Lagers einzudringen.⁴⁷ Eine weitere Basis waren regelrechte „Zellen“ im öffentlichen Dienst – auch in Gendarmerie, Polizei und Militär.

Nach dem Verbot der NSDAP waren es vor allem deutsch-völkische Turnvereine, die die Möglichkeit der illegalen Betätigung boten. Dieser Umstand wurde von den Sicherheitsbehörden bald erkannt.⁴⁸ In weiterer Folge wurden derartige Vereine sukzessive verboten; ein generelles Verbot erließ die Regierung erst nach dem Juliputsch.⁴⁹ Eine weitere Tarnorganisation war der Deutsche Schulverein Südmark. Das LGK Steiermark meldete zum Beispiel im Juli 1933, dass die Hitlerjugend systematisch in die Südmark-Jugend „übergeleitet“ werde. Der staatliche Freiwillige Arbeitsdienst wurde zu einem Sammelbecken illegaler nationalsozialistischer Betätigung.⁵⁰ Daneben entstanden zahlreiche andere, äußerlich harmlos wirkende Vereine, die sich als NS-Tarnorganisationen entpuppten; sogar „vaterländische“ Vereine wurden unterwandert.

Nicht selten konnten derartige Tarnorganisationen existieren, weil sie von den Behörden stillschweigend geduldet wurden. Ein mangelnder Wille zur Umsetzung von Regierungsmaßnahmen ist häufig zu beobachten. Viele österreichische Beamte, aber auch die Angehörigen freier Berufe wie Rechtsanwälte und Ärzte, waren traditionell deutschnational orientiert und 1932/33 fast geschlossen ins Nazi-Lager übergegangen.

⁴⁵ Für eine umfassende und wesentlich komplexere Sozial- und Altersstrukturanalyse siehe Bauer, Elementar-Ereignis, S. 135–141 u. 142–164; über Flüchtlinge siehe S. 149–152. Noch ausführlicher und detaillierter – insbesondere hinsichtlich der Sozialkategorisierung, Berufsgruppenzuordnung und der gebildeten Milieus – wird dieses Thema in der diesem Buch zugrunde liegenden Dissertation (Bauer, Soziale Aspekte des nationalsozialistischen Juliputsches) behandelt.

⁴⁶ Der steirische Sicherheitsdirektor charakterisierte Anfang 1934 diejenigen „Personen, die sich einer verbotenen nationalsozialistischen Tätigkeit schuldig machen“ durchaus treffend als „Jugendliche, Arbeitslose und sonstige unverantwortliche Personen“. Die „zumeist Intelligenzkreisen“ entstammenden Führer hielten sich dagegen im Hintergrund. (ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, Gz. 112.702/34 „Lagebericht IV/Jänner 1934“.)

⁴⁷ Vgl. Staudinger, Vereine als Träger des Anschlußgedankens, S. 271 f.

⁴⁸ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4877, Gz. 201.606/33.

⁴⁹ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4894, Gz. 222.142/34.

⁵⁰ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, Gz. 202.036/33.

Nach dem Verbot zogen sie sich zwar zurück, blieben aber zumeist insgeheim ihrer Überzeugung treu.

Eine Erhebung über die politische Einstellung von steirischen Richtern (Oktober 1934) fiel im Sinne des austrofaschistischen Regimes verheerend aus: 53 Richter wurden als nationalsozialistisch bzw. völkisch/national eingestuft, 29 als „vaterländisch“ (davon nur fünf als aktiv), weitere 23 Richter als neutral bzw. indifferent. Dem Bericht zufolge waren sämtliche 17 Richter in Graz nationalsozialistisch oder zumindest völkisch eingestellt.⁵¹

Zudem wurden immer wieder Stimmen gegen das Verhalten der Gendarmerie und Polizei laut – vor allem aus den Reihen des Österreichischen Heimatschutzes und der anderen Wehrverbände.⁵² Nach dem Juliputsch verfasste SA-interne Berichte und auch die vielen nach dem „Anschluss“ veröffentlichten „Bekanntnisse“ bestätigen den Verdacht einer weitgehenden nazistischen Unterwanderung der Exekutive mehr als deutlich.

Eskalation: die illegalen Aktivitäten bis zum Juliputsch 1934

In seinen monatlichen Lageberichten erstellte das LGK jeweils eine Statistik mit der Zahl der Anzeigen, der Festnahmen, der Fälle, bei denen keine Täter ausgeforscht werden konnten („uneruierte Fälle“) und der Anzahl der aufgebotenen „Putzscharen“, die zur Behebung von durch illegale NS-Aktionen entstandene Schäden aus NS-Sympathisanten zusammengestellt wurden.

Der Bezirk Gröbming war einsamer Spitzenreiter: Fast 10% aller in der Steiermark Angezeigten und Festgenommenen kamen aus dieser Region. Ansonsten aber waren bei den Angezeigten/Festgenommenen Bezirke im Vordergrund, die bislang nicht als NS-Hochburgen gegolten hatten. In den obersteirischen und in den stärker industrialisierten Bezirken standen in der Regel wenig Anzeigen und Festnahmen einer hohen Zahl von nicht geklärten Fällen gegenüber. In den Agrarbezirken der Ost-, West- und Südsteiermark war es zumeist umgekehrt.

Man könnte deshalb den Schluss ziehen, dass die Exekutive in Regionen mit starker NS-Präsenz (also in der Obersteiermark) wesentlich nazifreundlicher vorging als in Regionen, in denen der Nationalsozialismus nicht so stark verankert war. Besonders auffallend ist dieses Verhalten in der obersteirischen Industrieregion, was auf eine stark NS-unterwanderte Exekutive schließen lässt. Ein weiterer Grund dürfte die regional oft mangelhafte Unterstützung aus der Bevölkerung sein, ohne deren Mithilfe die wirksame Bekämpfung einer regierungsfeindlichen terroristischen Untergrundorganisation nicht möglich ist.

Betrachtet man die Gesamtstatistik der aufgrund von schweren Vergehen (Sabotage und Terror) verhafteten und angezeigten Nationalsozialisten im Zeitverlauf, zeigt sich, dass ab Jahreswechsel 1933/34 die NS-Aktivitäten in der Steiermark zunahmen, dann anlässlich der Februarereignisse stark zurückgingen, um bis zum Sommer wieder anzusteigen.

⁵¹ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5140, Gz. 263.150/34.

⁵² Vgl. z. B. ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/gen., Ktn. 4903, Gz. 223.257/34.

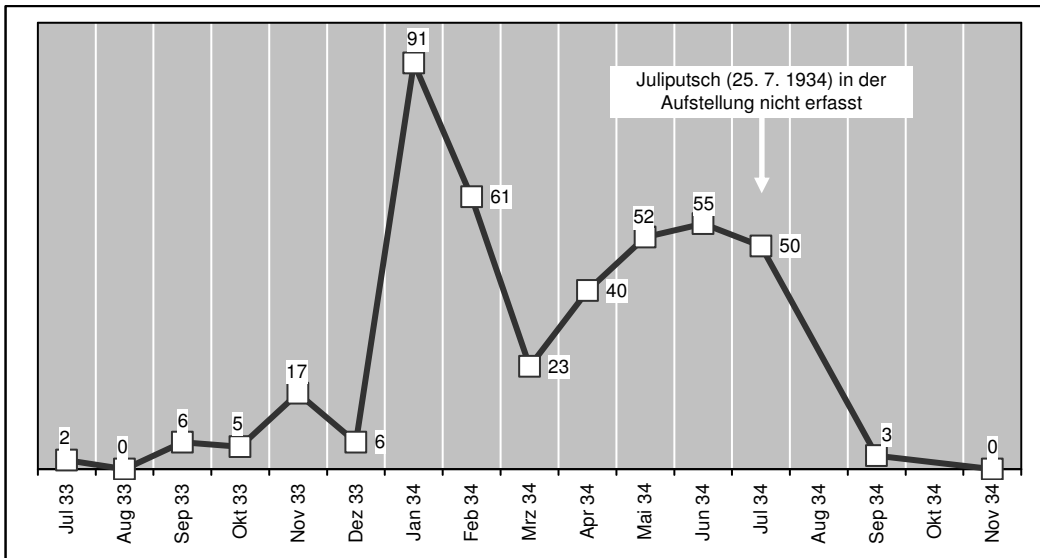


Abbildung: Aufgrund von Sabotage und Terror verhaftete und angezeigte Nationalsozialisten in der Steiermark (ohne Graz-Stadt) von Juli 1933 bis November 1934.⁵³

Eine Aufstellung sämtlicher im Bezirk Leoben vom 1. bis 21. Juli 1934 stattgefundenen Sprengstoffanschläge⁵⁴ erlaubt Einblicke in die Mikrostruktur derartiger Terroraktionen. Nicht weniger als 33 Fälle werden erwähnt, in zehn Fällen vermutete die Exekutive nationalsozialistische, in sieben Fällen sozialdemokratische oder kommunistische Täter; beim Rest waren die Täter unbekannt.⁵⁵

Praktisch alle Anschläge fanden im Dreieck St. Michael – Trofaiach – Niklasdorf statt, in dessen Zentrum der Ballungsraum Leoben-Donawitz liegt. 30 Anschläge (94%) erfolgten zwischen 21.00 und 3.00 Uhr; das heißt, zur Ausführung der Aktionen wurde – wenig überraschend – durchwegs der Schutz der Dunkelheit gesucht. Sehr oft waren Anlagen der Bundesbahn Ziel von Anschlägen; weiters diverse öffentliche Gebäude und Anlagen wie die Papierfabrik Niklasdorf, das Verwaltungsgebäude „Zechnerhof“ in St. Michael, das Werkshotel, das katholische Vereinsheim und das Kinogebäude in Donawitz, der Stiftpark und ein Briefkasten in Göß, das Studentenheim in Leoben; ebenso wurden auf Private und Geschäftslokale – vermutlich bekannte politische Gegner oder Juden – Anschläge verübt. Als Sprengstoff verwendeten die Täter elfmal Ammonit, je dreimal Dynamit und Schwarzpulver; in den restlichen Fällen war der verwendete Sprengstoff unbekannt.

⁵³ Quelle: Monatliche Lageberichte des LGK für Steiermark: ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5135, 5136, 5137. Für Oktober und Dezember 1934 liegen keine Berichte vor.

⁵⁴ ÖStA, AdR, BKA-Inneres, Varia, Nat.-Soz. Bewegung 1934–38, Ktn. 8140, Umschlag 8–22.

⁵⁵ Ob die vermutlich stark nationalsozialistisch durchsetzte Gendarmerie und Polizei das Ausmaß des nationalsozialistischen Bombenterrors durch falsche oder einseitige Angaben abschwächen wollte, lässt sich aufgrund der Quellen nicht feststellen, bestenfalls vermuten. – Nach Schafranek, Hakenkreuz und rote Fahne, S. 20, bestand zwischen Nationalsozialisten, Revolutionären Sozialisten und Kommunisten eine „tendenzielle Gleichartigkeit der illegalen Kampfmethoden“.

Die Eskalation des nationalsozialistischen Terrors zum Juli 1934 hin wird auch durch die vom Bundeskanzleramt erhobenen Schadensziffern belegt: Im April 1934 waren es 1650 Schilling, im Mai schon 20.000 Schilling, im Juni 52.000 Schilling, und im Bericht Juli/August wird eine Zahl von 203.000 Schilling genannt (ohne Juliputsch).⁵⁶

Der Nazi-Terror wurde von Monat zu Monat brutaler und gefährlicher. Die nationalsozialistischen Aktionen gewannen eine neue „Qualität“, sie bewirkten hohe Sachschäden und richteten sich oft bewusst gegen Personen. Einige signifikante Beispiele: Am 23. Juni 1934 starb in Kapfenberg Kaplan Franz Eibel bei einem nationalsozialistischen Sprengstoffanschlag auf das Pfarrhaus. Am 29. Juni verletzte ein flüchtender Nationalsozialist in Fohnsdorf einen Gendarmerie-Revierinspektor und erschoss wenig später den Gendarmeriebeamten Karl Musger. Am 5. Juli feuerte in Donawitz ein Nationalsozialist aus dem Hinterhalt auf einen Heimwehrmann und fügte ihm schwere Verletzungen zu.

Eine von der GDföS erstellte Österreich-Karte aller „Anschläge größeren Maßstabs“ zwischen 15. und 30. Juni 1934 weist die Mur-Mürz-Furche (konkret die Südbahnstrecke zwischen Judenburg und dem niederösterreichischen Semmeringgebiet) als *das* Zentrum der nationalsozialistischen Terroraktivitäten in Österreich aus. Ebenfalls betroffen war das Murtal zwischen Bruck und Graz und das weststeirische Bergbauggebiet. Eine Häufung von Anschlägen gab es noch an der Westbahnstrecke im Grenzgebiet Oberösterreich–Salzburg, ebenso im Inntal und an der Brennerstrecke in Tirol und auffallend stark auch in der Rheinebene in Vorarlberg. Kein österreichisches Bundesland blieb völlig verschont. Bahnkörper, Geleise, Blocksignaldrähte, Eisenbahnbrücken, -viadukte, -unterführungen, Starkstrom-, Hochspannungs- und Überlandleitungsmasten, Telefon-, Telegraf- und Lichtleitungen sowie Privathäuser, Pfarrhöfe und öffentliche Gebäude waren bevorzugte Objekte dieser Terror- und Sabotageaktionen.⁵⁷

In einer Statistik sämtlicher Böller- und Sprengstoffanschläge vom 16. bis 30. Juni 1934 nimmt die Steiermark mit 52 Böller- und Sprengstoffanschlägen (von österreichweit 241) die Spitzenposition ein.⁵⁸ Die Hochrechnung der Anschläge auf die Wohnbevölkerung jedes Bundeslandes ergibt ein signifikantes West-Ost-Gefälle, die NS-Hochburgen Steiermark und Kärnten liegen dabei nur im Mittelfeld. Der Grund dürfte sein, dass in Vorarlberg, Tirol und Salzburg aufgrund der langen, nahen Grenze zu Deutschland und der gebirgigen Lage der Schmuggel von Sprengstoffen und Waffen vergleichsweise einfach war und die Täter nach vollendeter Tat leicht flüchten konnten.

Resümee

Die Triumphe der NSDAP in den letzten Jahren der Weimarer Republik strahlten auch – mit Verzögerung – auf Österreich aus. Als aber der Siegeslauf der NSDAP in Deutschland im Herbst 1932 gebrochen und der Angriff auf den Staat abgewehrt schien,

⁵⁶ ÖStA, AdR, BKA-Inneres 22/Stmk., Ktn. 5137, Gz. 125.247/34.

⁵⁷ ÖStA, AdR, BKA-Inneres, Varia NS-Bewegung 1934–38, Umschlag. Die Originalkarte enthält braune (nationalsozialistische Anschläge), rote (sozialdemokratische oder kommunistische Anschläge) und blaue (ungeklärte Anschläge) Einträge. Die gegenständliche Karte enthält nur eine rote Eintragung in Oberösterreich, die restlichen Eintragungen sind braun oder blau.

⁵⁸ ÖStA, AdR, BKA-Inneres Varia NS-Bewegung 1934–38, Ktn. 8140, Umschlag 1.

verlor die Partei in Österreich sofort an Anziehungskraft. Wendepunkt war der 30. Jänner 1933, als Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Daraufhin entstand eine Art Sogwirkung: Der angebliche Aufschwung Deutschlands übte auf viele aus unterschiedlichen Motiven eine magische Wirkung aus.

Die illegalen Aktionen der Nationalsozialisten waren zentral geplant (auf Ebene der Landesleitung, der einzelnen Gaue und Bezirke), und die Befehle wurden im Regelfall mit militärischer Disziplin ausgeführt. Zweifellos gab es lokale und regionale Abweichungen und spontane Einzelaktionen von besonders eifrigen Parteigenossen – was durchaus im Kalkül der NS-Führung lag. Im Großen und Ganzen aber verliefen die einzelnen Propaganda-, Sabotage- und Terrorwellen quer über das ganze Bundesgebiet. Die Steiermark, die zumeist, aber nicht immer besonders stark betroffen war, machte keine Ausnahme.

Im nationalsozialistischen Untergrundkampf gegen das österreichische Regime ist eine allmähliche, sich immer rascher steigernde Verschärfung unverkennbar. Als eine von unmittelbarer Heilserwartung getragene, trotz aller Stärke lose Bewegung war der Nationalsozialismus auf eine „fortgesetzte, grenzenlose Expansion angelegt“ (Ian Kershaw) – eine zu lange Verzögerung der Machtergreifung barg die unmittelbare Gefahr des Zerfalls in sich. So mündete die nationalsozialistische Dynamik der Jahre 1933/34 schließlich in einem elementaren Gewaltausbruch: dem Putschversuch vom 25. Juli 1934. Zunehmend stärker werdende zentrifugale Kräfte und ein übersteigerter Aktionismus, der wirkungslos zu verpuffen drohte, führten zu diesem schlecht geplanten, mörderischen Aufstand und zu einer vorläufigen Niederlage.

Literatur

- Bauer, Kurt:** Arbeiterpartei? Zur Sozialstruktur der illegalen NSDAP in Österreich. In: Zeitgeschichte, 29. Jg., Heft 5, 2002, S. 259–272.
- Bauer, Kurt:** Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934. Wien 2003.
- Bauer, Kurt:** Sozialgeschichtliche Aspekte des nationalsozialistischen Juliputsches 1934. Diss., Univ. Wien 2001.
- Bauer, Kurt:** „Steiermark ist einmal gründlich verseucht ...“. Regionale Unterschiede bei der Affinität zum Nationalsozialismus in der Phase des Durchbruchs zur Massenbewegung. Mögliche Ursachen und Erklärungsansätze. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 43. Jg., Heft 5–6, 1999, S. 295–316.
- Bauer, Kurt:** Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion 1932/33. Dipl.-Arb., Univ. Wien 1998.
- Botz, Gerhard:** Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938. München 1983.
- Botz, Gerhard:** Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904–1945). In: Ackerl, Isabella u. a.: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift Neck, Bd. II. Wien 1981. S. 163–193.
- Carsten, Francis L.:** Faschismus in Österreich. Von Schönerer bis Hitler. München 1977.
- Elste, Alfred; Hänisch, Dirk:** Auf dem Weg zur Macht. Beiträge zur Geschichte der NSDAP in Kärnten von 1918 bis 1938. Wien 1997.

- Hänisch, Dirk:** Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. Wien, Köln, Weimar 1998.
- Jagschitz, Gerhard:** Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz, Wien, Köln 1976.
- Jagschitz, Gerhard:** Die Nationalsozialistische Partei. In: Tálos, Emmerich u. a. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995. S. 231–244.
- Konrad, Helmut:** Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933–1938. In: Ardelt, Rudolf; Hautmann, Hans (Hgg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien, Zürich 1990. S. 73–89.
- Longerich, Peter:** Geschichte der SA. Originalausg. 1989; überarb. Taschenbuchausg. München 2003.
- Pauley, Bruce F.:** Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934. Wien, München, Zürich 1972.
- Schafranek, Hans:** Hakenkreuz und rote Fahne. Die verdrängte Kooperation von Nationalsozialisten und Linken im illegalen Kampf gegen die Diktatur des ‚Austrofaschismus‘. In: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, No. 9, 1990.
- Schausberger, Franz:** Ins Parlament, um es zu zerstören. Das „parlamentarische“ Agi(ti)eren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg 1932. Wien, Köln, Weimar 1995.
- Staudinger, Eduard G.:** „Unabhängige Gewerkschaft“ und Arbeiterschaft in der Obersteiermark 1927 bis 1933. In: Geschichte und Gegenwart, 4. Jg. 1/1985. S. 54–81.
- Staudinger, Eduard G.:** Vereine als Träger des Anschlußgedankens. In: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark. 79. Jg., Graz 1988. S. 257–275.
- Staudinger, Eduard G.:** Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938. In: Bouvier, Friedrich u. a. (Red.): Graz 1938. = Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18–19. Graz 1987. S. 31–74.